



Mindcraft

Bridging and Mapping Knowledge
Gaps in Decentralised Cooperation

Länderprofil zur dezentralen Entwicklungs- zusammenarbeit

#2

DEUTSCHLAND

Abkürzungen

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLA-EZ	Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit
BLP	Bund-Länder-Programm
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bruttonationaleinkommen
CEMR	Council of European Regions and Municipalities (Rat der Gemeinden und Regionen Europas)
DAC	Development Assistance Committee (Entwicklungsausschuss der OECD)
DEZ	Dezentrale Entwicklungszusammenarbeit
DLT	Deutscher Landkreistag
DST	Deutscher Städtetag
DStGB	Deutscher Städte- und Gemeindebund
EU	Europäische Union
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
KRGK	Kommunale und regionale Gebietskörperschaften
MPK	Ministerpräsidentenkonferenz
NAKOPA	Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte
ODA	Official Development Aid (Öffentliche Entwicklungsleistungen)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
RGRE	Rat der Gemeinden und Regionen Europas (deutscher Zweig des CEMR)
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
VKU	Verband kommunaler Unternehmen
ZGO	Zivilgesellschaftliche Organisationen



Daten

Staatsform¹ **Bundesrepublik**



Bevölkerung³ **83.445.000** (2024)

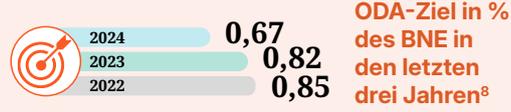
Fläche⁴ **357.569 km²**

BIP pro Kopf⁵ **51.833 €** (2024)
EU-Durchschnitt: 37.600 €

EU-Mitgliedschaft⁶ **seit 1958**

OECD DAC-Mitgliedschaft **seit 1961**

0,7 (UN-Ziel: 0,7) **ODA-Ziel in % des BNE⁷**



2024 zum ersten Mal seit 2020 unter 0,7 % gesunken **Allgemeine Entwicklungstrends der ODA⁹**

24 **Sitze im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR)¹⁰**

4 (Deutscher Städtetag – DST, Deutscher Landkreistag – DLT, Rat der Gemeinden und Regionen Europas – RGRE, Deutscher Städte- und Gemeindebund – DStGB) **RGRE-Mitglieder in Deutschland¹¹**

¹ Country Specifics, Local Government Str – Germany
² List of Municipalities Information System – German Federal Statistical Office
³ Germany – EU country profile | European Union
⁴ Germany – EU country profile | European Union
⁵ Gross domestic product (GDP) - German Federal Statistical Office
⁶ Germany – EU country profile | European Union
⁷ OECD Data Explorer • DAC1: Flows by provider (ODA+OOF+Private)
⁸ OECD Data Explorer • DAC1: Flows by provider (ODA+OOF+Private)
⁹ Deutschland bleibt 2024 unter dem UN-Finanzierungsziel für Entwicklungszusammenarbeit | BMZ
¹⁰ Germany | European Committee of the Regions
¹¹ National Associations – CEMR CCRE

1. Rahmen der dezentralen Entwicklungszusammenarbeit (DEZ) in Deutschland



1.1. Rahmenbedingungen der DEZ und Beteiligungsmöglichkeiten

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird nicht durch ein einzelnes Gesetz geregelt (OECD 2023, S. 26), sondern basiert auf den politischen Strategien und Positionspapieren des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Darüber hinaus orientiert sich die deutsche **Entwicklungspolitik** an internationalen Abkommen. Deutschland setzt sich aktiv für die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ein, die als Leitbild für die nationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit gilt. Die Umsetzung der Agenda 2030 und der nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) in Deutschland und mit Partnern auf der ganzen Welt ist ein entscheidender Aspekt der deutschen dezentralen Entwicklungszusammenarbeit (DEZ). Darüber hinaus bilden die Verwaltungsrichtlinien des Bundes für finanzielle und technische Zusammenarbeit einen verbindlichen Rahmen für Ministerien, die an der Planung und Umsetzung bilateraler Projekte und Programme mit den Partnerländern beteiligt sind (BMZ, 2021). Auf die DEZ treffen diese Richtlinien allerdings nicht zu.

In der 2023 veröffentlichten Broschüre „Lokal handeln, global wirken“ (nur auf Deutsch verfügbar) betont das BMZ, welche wichtige Rolle die KRGK spielen, und verpflichtet sich zur Unterstützung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

Es gibt kein übergeordnetes Gesetz und auch keine politische Strategie zur DEZ. Die Rechtsgrundlage für die Einbeziehung subnationaler Akteur*innen bildet das deutsche Grundgesetz. Laut **Art. 32** Grundgesetz (GG) ist die Vertretung deutscher Interessen im Ausland und Koordination auswärtiger Beziehungen Sache des Bundes. Die Bundesländer können sich an internationalen Aktivitäten und der Entwicklungszusammenarbeit beteiligen, wenn sie ihre eigenen Interessen vertreten (OECD 2023, S. 28). Außerdem können sie internationale Vereinbarungen treffen, sofern diese in ihre legislative Zuständigkeit fallen und mit der Bundesregierung abgesprochen sind (Art. 32 GG; OECD 2023, S. 26–28). Entscheidend für die Mitwirkung der Gemeinden an der DEZ ist ihr verfassungsmäßig geschütztes Recht auf Selbstbestimmung (Art. 28 GG), das es ihnen ermöglicht, sich freiwillig an DEZ-Aktivitäten zu beteiligen. Die Gemeinden dürfen sich nicht nur an der Entwicklungszusammenarbeit beteiligen, sie werden auch dazu ermutigt (OECD 2023, S. 28). Es gibt keine einheitliche Definition für DEZ. DEZ-Aktivitäten einschließlich (kommunaler) Partnerschaften mit KRGK und Partnern im Globalen

Süden, Gemeinschaftsprojekte, Peer-Learning, der Austausch von Fachwissen in Netzwerken und Kooperationsvereinbarungen gelten als externe Entwicklungsaktivitäten (OECD 2023, S. 22).

Die meisten Bundesländer haben ihre eigenen Richtlinien einschließlich geografischer und thematischer Schwerpunkte für die DEZ festgelegt (siehe Kapitel 2.3). Die Gemeinden sollen durchaus ihre Aktivitäten zur Entwicklungszusammenarbeit eigenständig festlegen, ohne formell an die strategischen Ziele der Bundesregierung gebunden zu sein. Über 250 Gemeinden haben einen Beschluss zur Agenda 2030 unterzeichnet und bekräftigen damit ihr Bekenntnis zu den SDGs¹². Ihr Handlungsspielraum wird aber auch durch Förderbestimmungen und -programme beeinflusst, da die Gemeinden oftmals auf die von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel angewiesen sind (siehe Kapitel 2.4).

1.2. An der DEZ beteiligte Hauptakteur*innen

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird über einen Multi-Level-Governance-Ansatz organisiert, der es den Beteiligten auf verschiedenen Regierungsebenen (Bund, Länder, Gemeinden) ermöglicht, DEZ-Aktivitäten zu gestalten und umzusetzen.

Deutschland hat ein eigenes Ministerium für Entwicklungspolitik: **das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**. Es ist zuständig für die strategische Planung und Programmgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit, bilateraler und multilateraler Partnerschaften und Kooperationen sowie für die Koordination der an DEZ-Aktivitäten Beteiligten, darunter auch KRGK. Das BMZ stellt über Programme und Leitfäden, die speziell auf die regionale und lokale Ebene ausgerichtet sind, finanzielle und technische Ressourcen bereit. Diese Programme werden im Auftrag des BMZ unterstützt von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die mit den Bundesländern und Gemeinden zusammenarbeiten.

Die **SKEW von Engagement Global** ist die leitende Beratungs- und Finanzierungsplattform für die deutschen Gemeinden, Städte und Landkreise, die sich an DEZ-Aktivitäten beteiligen möchten. Sie bietet Unterstützung bei der Planung und Ausführung von DEZ-Aktivitäten, ermöglicht den internationalen Austausch von Fachwissen und schafft Möglichkeiten zum gemeinsamen Lernen. Die SKEW organisiert Veranstaltungen (wie Exkursionen, Workshops und Konferenzen) zum Peer-Learning und Austausch, berät (zu Projektanträgen, Strategien usw.) und unterstützt Gemeinden finanziell über **verschiedene Programme** (Interview, 30. April 2025). Seit ihrer Gründung 2001 arbeitet die SKEW mit den drei deutschen Gebietskörperschaftsverbänden, den Bundesländern und anderen DEZ-Anspruchsgruppen zusammen.

Die **GIZ** kooperiert im Rahmen des **Bund-Länder-Programms (BLP) der deutschen Regierung** mit den Bundesländern. Dieses Programm unterstützt die strategische Ausrichtung ihrer Aktivitäten (OECD 2023, S. 30). Außerdem verfügt die GIZ über ein Portfolio zur Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit (siehe Kapitel 2.4), auch mit den deutschen Kommunalverbänden. Die GIZ und die SKEW bündeln ihre Kompetenzen auch in gemeinsamen Projekten wie dem **„Expert Fund for Municipal Partnerships Worldwide“** und **„Connective Cities“**.

Auf Länderebene sind in den meisten Fällen die jeweiligen Staatskanzleien für die Entwicklungszusammenarbeit zuständig. Deutschland hat 16 Bundesländer mit ähnlichen, wenn auch nicht identischen Regierungsstrukturen. In manchen Fällen obliegt die Entwicklungszusammenarbeit einem oder mehreren Ministerien (OECD 2023, S. 31). Insgesamt variieren die Art der Beteiligung, sowie die Kapazitäten und finanziellen Beiträge für DEZ-Aktivitäten von Bundesland zu Bundesland. Die Koordinationsaufgaben und Bemühungen um eine sichere Finanzierung der Bundesländer sind zwar in allen Modellen gleich, aber der direkte Austausch mit den Partnern vor Ort fällt zum Teil sehr unterschiedlich aus. Einige Bundesländer kooperieren direkt mit ihren Partnerregierungen, indem sie die Umsetzung von DEZ-Aktivitäten finanziell unterstützen. Oftmals arbeiten sie in dem Partnerland

¹² Weitere Informationen: [Municipalities for Global Sustainability – SKEW](#)

mit zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO) als Vermittlungs- und Durchführungsinstanzen zusammen. Stadtstaaten sind in der Regel an Peer-to-Peer-Partnerschaften beteiligt. Zudem finanzieren die Bundesländer zusammen mit der GIZ über das BLP Projekte in Partnerländern (ebd., S. 59–60).

Gemeinden beteiligen sich überwiegend am Wissens- und Erfahrungsaustausch und an der gemeinsamen Projektdurchführung, was mit ihren speziellen Aufgaben und Kompetenzen bei der Erbringung von Grundversorgungsleistungen zusammenhängt. Außerdem kennen sie sich aufgrund ihres Wissens und ihrer Bürgernähe bestens mit den lokalen Bedürfnissen und Herausforderungen aus (OECD 2023, S. 32). Da die DEZ jedoch freiwillig ist, müssen die Gemeinden ihre Aufgaben nach Priorität ordnen und ihre finanziellen und personellen Kapazitäten berücksichtigen. DEZ-Aktivitäten erfordern kontinuierliche politische Bestrebungen und ein hohes Engagement der Verwaltung und oftmals auch zusätzliche Unterstützung und Finanzierung.

Bei der DEZ spielen auch viele andere Beteiligte eine wichtige Rolle, zum Beispiel die Kommunalverbände (Deutscher Städtetag – DST, Deutscher Landkreistag – DLT, Deutscher Städte- und Gemeindebund – DStGB, Verband kommunaler Unternehmen – VKU). Sie unterstützen und beraten die Gemeinden unter anderem zu Finanzierungsmöglichkeiten und Partnerschaften (Interview, 5. Mai 2025). Darüber hinaus setzen sich der DST, DLT und der DStGB als Mitglieder des CEMR und von PLATFORMA auf EU-Ebene für die lokalen Interessen und DEZ ein. Kommunale Unternehmen wie Wasser- und Energieversorger sowie Entsorgungsunternehmen beteiligen sich vor allem am fachlichen Austausch. Nichtstaatliche Akteur*innen wie Kirchen, Stiftungen, ZGO, wissenschaftliche Einrichtungen sowie Universitäten und der Privatsektor beteiligen sich als Kooperationspartner*innen der Bundesländer und KRGK an DEZ-Aktivitäten, indem sie Projekte in den Partnerländern umsetzen (OECD 2023, S. 32ff).

1.3. Koordination von DEZ-Aktivitäten

Die DEZ in Deutschland wird durch die föderale Struktur und den Multi-Level-Governance-Ansatz beeinflusst. Dadurch können die Bundesregierung, die Bundesländer und Gemeinden eigenständig agieren. Allerdings müssen auf mehreren Ebenen verschiedene Akteur*innen koordiniert werden.

Die Bundesländer koordinieren ihre DEZ-Aktivitäten mithilfe von verschiedenen Mechanismen und Instrumenten, zum Beispiel mit den **Leitlinien für Entwicklungspolitik**, Plattformen zur Koordination mehrerer Anspruchsgruppen (wie dem Rat für Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg) oder strategischen politischen Instrumenten (wie der Absichtserklärung in Nordrhein-Westfalen). ZGO, der Privatsektor und andere Akteur*innen sind über informelle Koordinationsformen beteiligt (OECD 2023, S. 79).

Der wichtigste institutionalisierte Mechanismus für die Koordination zwischen den Bundesländern und der Bundesregierung ist der Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit (BLA-EZ). Das bereits erwähnte **BLP** setzt sich auch dafür ein, dass die DEZ-Aktivitäten in den Partnerländern auf die Prioritäten abgestimmt sind (siehe Kapitel 2.4). Die horizontale Koordination zwischen den Bundesländern erfolgt schließlich über die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) (OECD 2023, S. 79).

Bei der Koordinierung der DEZ-Aktivitäten auf kommunaler Ebene spielt die SKEW eine entscheidende Rolle: Sie kofinanziert Projekte und bietet Möglichkeiten zum Austausch und Networking (ebd., S. 80). Außerdem gibt es den **Beirat zur Weiterentwicklung für das Programm der kommunalen Entwicklungspolitik**. Diese gemeinsame Plattform besteht aus Mitgliedern aus dem BMZ, der SKEW, GIZ, den Gemeinden, Bundesländern, führenden Kommunalverbänden und ZGO. Der Beirat soll die SKEW und das BMZ zur Weiterentwicklung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit unterstützen und beraten, Ideen anregen und aktuelle Trends erörtern.

1.4. Spezielle Programme zur Unterstützung der DEZ

Für die Umsetzung von DEZ-Aktivitäten stehen in Deutschland verschiedene Förderprogramme zur Verfügung. Die Mittel werden vor allem vom BMZ bereitgestellt und über die SKEW und die GIZ zugeteilt. DEZ-Aktivitäten auf Länderebene werden zum Teil von den Bundesländern mitfinanziert. Die Förderprogramme für Gemeinden werden vor allem von der SKEW organisiert und bereitgestellt.

Die SKEW gehört zu **Engagement Global**, der zentralen Anlaufstelle für verschiedene Arten von Initiativen zur Unterstützung von Entwicklungsarbeiten. Sie wird von der Bundesregierung beauftragt und vom BMZ finanziert. Engagement Global bietet Einzelpersonen, der Zivilgesellschaft, Gemeinden, Stiftungen und Anspruchsgruppen aus dem Bildungs- und Wirtschaftssektor Informationen, Beratung und finanzielle Unterstützung auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik.

Die SKEW agiert innerhalb von Engagement Global als zentrale Anlaufstelle zur Unterstützung und Finanzierung von DEZ-Aktivitäten auf kommunaler Ebene. Die vom BMZ finanzierte Servicestelle entwickelt und implementiert verschiedene Programme, die es den Gemeinden ermöglichen und sie unterstützen sollen, sich an der Entwicklungszusammenarbeit zu beteiligen. Der **Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik** zum Beispiel unterstützt Partnerschaftsprojekte mit Beträgen zwischen 1.000 und 20.000 Euro für in Deutschland umgesetzte Projekte. Projekte mit Partnergemeinden im Globalen Süden werden mit bis zu 50.000 Euro gefördert. Erst kürzlich wurde das Programm ausgeweitet, um auch Gemeindepартnerschaften in von Krisen betroffenen Regionen zu unterstützen und so die Solidarität der Gemeinden untereinander zu stärken und in Notlagen zu helfen. Das Förderprogramm **Nakopa (Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte)** unterstützt Gemeindepартnerschaften bei der Entwicklung gemeinsamer Projekte, die in der Partnergemeinde umgesetzt werden. Die teilnehmenden Gemeinden können für Projekte mit einer Laufzeit von 24 Monaten bis zu 100.000 Euro erhalten. Bei Projekten zwischen 24 und 36 Monaten sind es bis zu 250.000 Euro. Die Themenbereiche reichen von nachhaltigen Dienstleistungen über Verbesserungen der lokalen Verwaltung bis hin zur Anpassung an den Klimawandel.

Andere SKEW-Programme unterstützen Gemeindepартnerschaften mit einem bestimmten regionalen Schwerpunkt. Dazu gehören unter anderem **kommunale Partnerschaften mit der Ukraine**, die **kommunale Zusammenarbeit Maghreb-Deutschland** (in Zusammenarbeit mit der GIZ), **ORTAK – Deutsch-Türkische Initiative zur Förderung des kommunalen Fachdialoges** (nicht vom BMZ finanziert) und die Partnerschaften mit Gemeinden in den palästinensischen Gebieten. Außerdem bietet die SKEW Unterstützung bei der Ausweitung kommunaler Kapazitäten, damit sie sich an der Entwicklungszusammenarbeit beteiligen können, zum Beispiel durch **Förderung einer Personalstelle**.

Auf Bundesebene unterstützt die SKEW-Pilotinitiative Kommunaler Fachaustausch eine **Partnerschaft** zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana (Schulungen, fachliche Beratung, Networking-Treffen, Zugang zu Fördermitteln) und eine **Partnerschaft** zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda (Förderung des Austauschs zwischen Gemeinden und Institutionen und Umsetzung gemeinsamer Projekte im Rahmen der Agenda 2030).

Auf Länderebene unterstützt das **Bund-Länder-Programm (BLP)**, eine im Auftrag des BMZ eingeführte GIZ-Initiative, die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und der Bundesregierung. Dieses Programm soll die Kompetenzen und Fachkenntnisse auf Bundesebene an die strategischen Prioritäten der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des BMZ angleichen. Die Themen reichen von nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung und optimierter Verwaltung über Umwelt- und Klimaschutz bis hin zur Energieversorgung)

(OECD 2023, S. 42). Das Programm wird gemeinsam vom BMZ und den Bundesländern finanziert. Es beinhaltet verschiedene Aktivitäten, die meist vom Projekt abhängen (zum Beispiel Schulungen oder Peer-to-Peer-Austausch).

Die GIZ bietet auch Programme für Gemeinden. So fördert zum Beispiel die **Betreiberplattform** Partnerschaften zwischen kommunalen Versorgern und den Austausch von Fachkenntnissen, vor allem im Wassersektor, im Entsorgungsbereich und in der Kreislaufwirtschaft. Das Projekt **Den Bevölkerungsschutz und Wiederaufbau in kommunalen Partnerschaften unterstützen** unterstützt die bestehenden solidarischen Partnerschaften zwischen deutschen und ukrainischen Gemeinden, zum Beispiel durch logistische Beratung deutscher Gemeinden bei der Weiterleitung von Hilfslieferungen an ihre ukrainischen Partner. Das Projekt **Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit weltweit unterstützen** berät, vereint kommunale Fachkenntnisse aus Deutschland und Europa und unterstützt die DEZ-Kooperation mit dem CEMR und der OECD.

Darüber hinaus gibt es ein gemeinsames Programm der GIZ und SKEW: den **Fachkrätfonds für kommunale Partnerschaften weltweit**, der Gemeinden beim Aufbau von Kapazitäten unterstützt und Partnergemeinden im Globalen Süden Expert*innen als Unterstützung bei der Projektdurchführung zur Seite stellt. Das internationale, gemeinsam mit dem DST und der SKEW verwaltete Netzwerk **Connective Cities** bietet eine Plattform zum Peer-Learning, Austausch und zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Städten weltweit.

1.5. Modalitäten, Aktivitäten und Schwerpunktbereiche der DEZ

Das BMZ, die Bundesländer und Gemeinden verfolgen ihre eigenen strategischen und geografischen Prioritäten. Diese Prioritäten ergänzen einander zwar teilweise, aber sie spiegeln auch individuelle Interessen und Handlungsspielräume wider.

Dem **Reformkonzept „BMZ 2030“** zufolge konzentriert sich die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf fünf Kernthemen: Friedenssicherung; Ernährungssicherung; Ausbildung und nachhaltiges Wachstum; Klima und Energie sowie Umwelt und natürliche Ressourcen. Diese werden ergänzt durch weitere Themen wie Digitalisierung und nachhaltige Lieferketten (BMZ 2020, S. 4). Das BMZ hat größtenteils den geografischen Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit der vergangenen Jahre beibehalten. Allerdings geht es dabei verschiedene Arten strategischer Partnerschaften mit den Partnerländern ein (bilaterale Partnerschaften für gemeinsame Entwicklungszusammenarbeit und Transformationspartnerschaften; globale Partnerschaften, bei denen es um gemeinsame Lösungen für globale Herausforderungen geht; und strategische Partnerschaften zur Stabilisierung des Friedens in Krisen- und Flüchtlingsregionen) (ebd., S. 5).

Auf Länderebene legt jedes Bundesland seine eigenen vorrangigen politischen Zusammenarbeitsbereiche fest. Dabei gibt es gewisse Überschneidungen, da diese Bereiche meist mit den Kompetenzen der Bundesländer abgestimmt sind, unter anderem Bildung, Klima und Umwelt und Gesundheitswesen (OECD 2023, S. 37). Außerdem zeigte die OECD-Studie (2023, S. 37–38), dass sich die DEZ-Aktivitäten und -Projekte der Bundesländer häufig auf Networking und Technologie- und Wissensübertragung konzentrieren – oft in Kombination mit Bildungsmaßnahmen. Im Hinblick auf den geografischen Schwerpunkt zeigte die Studie (ebd., S. 47–48), dass verschiedene Faktoren wie politische Ambitionen, globale Herausforderungen, Empfehlungen von den Partnerorganisationen und bestehende langfristige Partnerschaften eine Rolle spielen.

Auf kommunaler Ebene ergab die Studie (OECD 2023, S. 44), dass bei den Schwerpunktbereichen der DEZ oft Bildung und Klimawandel sowie Führung, Demokratie, soziale Inklusion und städtische Entwicklung mit Mittelpunkt stehen. Klimapartnerschaften sind wichtig, da sie oft den Auftakt für weitere Kooperationen bilden.

Der strategische Schwerpunkt und die politischen Bereiche basieren auf den kommunalen Kompetenzen und Fachkenntnissen (ebd., S. 46). DEZ-Aktivitäten beinhalten vor allem die Gründung von Netzwerken, Peer-to-Peer-Learning und den Austausch von Wissen und Technologien (ebd., S. 39). Geografisch betrachtet wird der Schwerpunkt der kommunalen DEZ-Aktivitäten in der Regel von historischen und politischen Gründen beeinflusst, und oftmals bestehen bereits langfristige kommunale Partnerschaften (ebd., S. 52). Weitere maßgebliche Faktoren sind kulturelle Gründe, globale Herausforderungen und zuletzt auch ein konkreter regionaler Fokus auf der Ukraine wegen des russischen Angriffskrieges, wodurch innerhalb kürzester Zeit neue Solidaritätspartnerschaften entstanden.

Generell bestimmen und verfolgen die Bundesländer und Gemeinden zwar ihre eigenen Zusammenarbeitsziele und -prioritäten, aber gewisse thematische und strategische Ähnlichkeiten zeigen sich auf mehreren Ebenen. Die OECD-Studie (2023, S. 55) zeigt, dass sie sich tendenziell an den SDGs orientieren, vor allem in den DEZ-Herangehensweisen der Bundesländer. Zudem kooperieren sowohl die Bundesländer als auch die Gemeinden mit vielen verschiedenen Partnerländern. Laut OECD (2023, S. 48) wurden 2020 in 76 von 142 ODA-berechtigten Ländern und Territorien ODA-finanzierte Projekte durchgeführt. Letztlich erfolgt die Entwicklungszusammenarbeit auf beiden Ebenen üblicherweise durch eine Mischung aus Partnerschaften (kommunale Partnerschaften, Kooperationen zwischen Städten) und Vereinbarungen zwischen mehreren Anspruchsgruppen wie der Zivilgesellschaft, Hochschulen und privaten Akteur*innen.

1.6. Finanzierung von DEZ

Öffentliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit einschließlich DEZ-Aktivitäten werden über den Bundeshaushalt zugeteilt. Das BMZ beaufsichtigt die finanziellen Ressourcen und plant die Verteilung an die verschiedenen Akteur*innen und Programme. So kann das BMZ strategische Prioritäten setzen und die entwicklungspolitischen Aktivitäten über Förderrichtlinien steuern. 2024 standen dem BMZ rund 11,22 Milliarden Euro zur Verfügung. Letztes Jahr machten zivilgesellschaftliche, kommunale und wirtschaftliche Verpflichtungen 11,7 Prozent des **BMZ-Gesamtbudgets** aus, das entspricht ungefähr 1,31 Milliarden Euro.

Auf Länderebene gibt es häufig Kofinanzierungsvereinbarungen mit anderen Akteur*innen, zum Beispiel im Rahmen des BLP. Da die allgemeine Beteiligung der Bundesländer an der Entwicklungszusammenarbeit von ihren eigenen verfügbaren Mitteln abhängt, gibt es große Unterschiede. Die OECD-Studie (2023, S. 35) zeigte unter anderem, dass zwischen 2018 und 2020 Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Nordrhein-Westfalen mehr als 75 Prozent der gesamten subnationalen ODA in Deutschland stellten. Die finanziellen Ressourcen für die Gemeinden stammen in erster Linie aus den verschiedenen Programmen der SKEW (siehe Kapitel 2.3).

Im Vergleich zu anderen OECD-DAC-Mitgliedern stellen die deutschen KRGK absolut betrachtet den höchsten Anteil an der Gesamt-ODA (OECD 2023, S. 35). Außerdem ist der Anteil der deutschen KRGK an der ODA im letzten Jahrzehnt absolut gesehen gestiegen. Deutschland erfasst ODA-bezogene DEZ-Aktivitäten seit 2020. Die Ausgaben der Bundesländer werden zwar dokumentiert, aber die Ausgaben für DEZ-Aktivitäten auf kommunaler Ebene werden nicht systematisch erfasst (ebd., S. 14). Abschließend ist hervorzuheben, dass die ODA-Beiträge Deutschlands insgesamt zurückgegangen sind. Weitere Budgetkürzungen für humanitäre Hilfen und Entwicklungszusammenarbeit sind zu erwarten (CONCORD 2024, S. 47, S. 68). Die Bundesregierung hat Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit **angekündigt**, die sich auch auf die DEZ auswirken werden.

2. Begünstigende Faktoren für DEZ und zukünftige Entwicklungen

Die DEZ in Deutschland wird durch verschiedene wichtige Faktoren begünstigt. Die föderale Struktur Deutschlands schafft günstige Rahmenbedingungen für die DEZ: Die KRGK agieren bereits in anderen politischen Bereichen unabhängig, und der Multi-Level-Governance-Ansatz ermöglicht es Akteur*innen auf verschiedenen Regierungsebenen, sich zu beteiligen und auf vielfältige Ressourcen, Kenntnisse und Kompetenzen zuzugreifen.

Eine besonders wichtige Rolle spielt die SKEW, die speziell der Unterstützung deutscher Gemeinden dient (Interview, 5. Mai 2025). Sie trägt dazu bei, auf spezifische Bedürfnisse einzugehen und verschiedene kommunale Gegebenheiten gemäß ihren Anforderungen und Interessen zu berücksichtigen (Interview, 30. April 2025). Damit sind auch zahlreiche Programme verbunden, die zur Unterstützung bei der Durchführung von DEZ-Aktivitäten verfügbar sind. Diese Programme ermöglichen es den Gemeinden, den politischen Themenbereich DEZ auf verschiedene Weisen anzugehen, und fördern die Umsetzung von DEZ-Projekten.

Auch die etablierten, langjährigen Partnerschaften zwischen den deutschen Bundesländern und Gemeinden und ihren Partnern in anderen Ländern spielen eine wichtige Rolle: Sie fördern die Zusammenarbeit und sorgen für Aktivitäten mit nachhaltiger Wirkung (Interview, 12. Mai 2025). Oftmals ergeben sich aus den ursprünglich auf Bundes- oder Länderebene eingegangenen DEZ-Partnerschaften enge Beziehungen zwischen den deutschen Gemeinden und den KRGK des Partnerlandes (Interview, 5. Mai 2025).

Hierbei sind besonders die in jüngster Zeit eingegangenen deutsch-ukrainischen Solidaritätspartnerschaften in Folge des russischen Angriffskrieges zu erwähnen. Diese Partnerschaften machen nicht nur auf die DEZ als wichtiges Instrument in der deutschen Entwicklungspolitik aufmerksam, sondern zeigen auch, welche unmittelbare Wirkung und Flexibilität die Unterstützung der Gemeinden in Zeiten der Not ermöglicht. Angesichts der zunehmenden globalen Herausforderungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe könnte das DEZ-Format eine wichtige Rolle bei den strategischen Zielen Deutschlands spielen: Friedenskonsolidierung, Unterstützung der Demokratie, verantwortungsvolle Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit. In dieser Hinsicht könnte die DEZ noch gezielter eingesetzt werden, um die bestehende bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit zu ergänzen (Interview, 14. Mai 2025).

Die auf die Ukraine ausgerichtete, verstärkte Zusammenarbeit von Gemeinden hat zudem auch Dreiecks-Partnerschaften in den Mittelpunkt gerückt, zum Beispiel zwischen deutschen, polnischen und ukrainischen KRGK (Interview, 30. April 2025, siehe auch Kaminski & Matiaszczyk 2025). Aufgrund dieser Erfahrungen wird die Weiterentwicklung trilateraler oder multilateraler Partnerschaften in Zukunft eine besondere Rolle spielen. Daher wäre es sinnvoll, auf die Aktivitäten von KRGK aus verschiedenen EU-Ländern aufmerksam zu machen, ausführlicher darüber zu informieren und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zu prüfen.

Die DEZ in Deutschland steht aber auch vor einigen Herausforderungen. Die aktuelle politische Entwicklung, die skeptische Einstellung der Öffentlichkeit zur Entwicklungszusammenarbeit und Kürzungen bei Mitteln oder erschwerter Zugang zu Fördermöglichkeiten könnten sich auf den Umfang der deutschen DEZ auswirken (Interview, 5., 12. und 14. Mai 2025). Vorläufigen OECD-Berechnungen zufolge wird Deutschland erstmals seit 2020 das UN-Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, nicht erreichen (BMZ, 2024b). Auch in Zukunft ist mit weiteren Budgetkürzungen zu rechnen (CONCORD, 2024). Solche Rahmenbedingungen können hinderlich für eine gelungene DEZ sein und erfordern eine überzeugende Begründung für ähnliche Aktivitäten (Interview, 5. Mai 2025, Interview, 12. Mai 2025).

Auch die begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen und Kapazitäten der deutschen Gemeinden stellen ein Problem für die DEZ-Beteiligung dar (Interview, 30. April 2025, Interview, 14. Mai 2025). Das betrifft vor allem kleinere Gemeinden (Interview, 5. Mai 2025). Entwicklungspolitische Engagements sind freiwillige Aufgaben, die verfügbare Mittel und Personal zur Umsetzung von DEZ-Projekten und -Aktivitäten erfordern – zusätzlich zu den eigentlichen Aufgaben und Pflichten. Daher sind viele Gemeinden und Bundesländer zumindest teilweise auf die (finanzielle) Unterstützung der Bundesregierung angewiesen. Mit zunehmendem finanziellen und personellem Druck fällt es den Gemeinden immer schwerer, auch weiterhin eine aktive Rolle in der Entwicklungspolitik zu übernehmen.

Zudem gibt es noch immer keine übergeordnete Strategie für die Einbeziehung lokaler Unternehmen in DEZ-Aktivitäten und Partnerschaften, obwohl hier großes Potenzial besteht (Interview, 30. April 2025, Interview, 12. Mai 2025). Partnerschaften zwischen Gemeinden könnten stärker zur Einbeziehung von Unternehmen genutzt werden, um DEZ-Projekte aufzuwerten. Einige deutsche Gemeinden gehen zwar bereits so vor, aber noch beteiligen sich nicht viele Unternehmen an der DEZ.

Abschließend sind auf der strukturellen Ebene der deutschen DEZ-Rahmenbedingungen zwei Aspekte zu erwähnen. Zum einen wäre es von Vorteil, die Absprache zwischen und Einbeziehung von Akteur*innen auf verschiedenen Ebenen noch weiter auszubauen. Das betrifft vor allem die Koordinierung zwischen den Bundesländern und den Gemeinden, da sie ihre Aktivitäten größtenteils unabhängig voneinander organisieren. Anschließend müssen die Gemeinden noch systematischer und aktiver in die DEZ einbezogen werden (Interview, 14. Mai 2025). Zum anderen wäre für eine stärkere Vereinheitlichung eine Ausrichtung der KRGK-Aktivitäten auf die SDGs hilfreich, die manche bereits als Orientierung nutzen (OECD 2023). Bei der Ausarbeitung von SDG-Strategien oder -Berichten entstehen oftmals Initiativen zur Gründung von DEZ-Partnerschaften oder -Projekten (Interview, 30. April 2025). Ein ähnlicher Trend ist bei der Fair-Trade-/Beschaffung-Bewegung zu beobachten. Insbesondere bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien ergeben sich zunehmend Gelegenheiten zur Gründung von Partnerschaften und Einbindung von Fair-Trade-Grundsätzen in die Versorgung von Gemeinden im Rahmen von DEZ-Projekten (ebd.).



3. Fazit

Deutschland gehört zu den Ländern, die die meiste ODA erbringen. Die deutschen KRGK haben, verglichen mit anderen OECD-DAC-Mitgliedern, absolut betrachtet den höchsten Anteil an der gesamten ODA (OECD 2023). Zwei Elemente stechen bei der deutschen Entwicklungszusammenarbeit besonders hervor: Erstens: Die DEZ-Aktivitäten in Deutschland sind vom Multi-Level-Governance-Ansatz des Landes geprägt. Dieser Ansatz ermöglicht das Zusammenspiel der Programme gemäß den Kompetenzen und Interessen der KRGK im Einklang mit den Zielen der Bundesregierung. Diese Rahmenbedingungen erleichtern eine Beteiligung an DEZ-Aktivitäten auf mehreren Ebenen – auch für Gemeinden, die ihre Kompetenzen und Fachkenntnisse durch Partnerschaften und Kooperationen an andere Länder weitergeben können.

Zweitens: Das Besondere an Deutschland sind die vom BMZ finanzierte Servicestelle SKEW von Engagement Global, die eigens für die DEZ-Unterstützung vorgesehen ist, sowie verschiedene DEZ-Programme. Die SKEW spielt eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der KRGK durch Beratung, geeignete Finanzierungsinstrumente und Hilfe bei der Projektdurchführung und -kontrolle. Aus der Zusammenarbeit mit der GIZ, zum Beispiel der Koordination der Entwicklungsprogramme, ergeben sich weitere Synergieeffekte. Die verschiedenen verfügbaren DEZ-Finanzierungsmöglichkeiten sind für bestimmte Zwecke vorgesehen, sodass die Zusammenarbeit projekt- und themenbezogen erfolgen kann. Daraus entstehen langfristige Partnerschaften, die dem Prinzip der kommunalen Selbstbestimmung als Grundvoraussetzung für DEZ-Aktivitäten entsprechen.

Quellenangaben

- Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik Deutschland [Landesverfassungen – Selbstverwaltung der Gemeinden], in der jeweils gültigen Fassung von 2025.
- CONCORD (2024), *AidWatch 2024*, abrufbar unter: https://aidwatch.concordeurope.org/?sdm_process_download=1&download_id=24624.
- Deutscher Bundestag (19. August 2024), Parlamentsnachrichten, *Entwicklungsetat soll um mehr als 900 Millionen Euro sinken*. Abrufbar unter: https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1015388?utm_source.
- Deutscher Bundestag (2025), *Bundesministerin Alabali-Radovan will Entwicklungspolitik neu aufstellen*, abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw20-de-wirtschaftliche-zusammenarbeit-1064972>.
- BMZ (2020), *Reformkonzept „BMZ 2030“*, abrufbar unter: <https://www.bmz.de/de/aktuelles/archiv-aktuelle-meldungen/entwicklungsministerium-legt-bmz-2030-reformkonzept-vor-29478>.
- BMZ (2021), *Leitlinien für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit*, abrufbar unter: <https://www.bmz.de/de/aktuelles/publikationen/leitlinien-tz-fz-85392>.
- BMZ (2023), *Lokal handeln, global wirken – Kommunen in der Entwicklungspolitik*, abrufbar unter: [Lokal handeln, global wirken](#).
- OECD (2023), *Reshaping Decentralised Development Co-operation in Germany*, OECD Urban Studies, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/afedb776-en>.

Herausgeber: Council of European Municipalities and Regions (CEMR) (Rat der Gemeinden und Regionen Europas)

Chefredakteure: Durmish Guri, Direktor Projekte und Programme – CEMR, und Boris Tonhauser, Direktor – PLATFORMA

Autoren: Dr. Ivana Skazlic, Forschungsanalystin – CEMR/PLATFORMA und Selina Graichen – Praktikantin bei der GIZ (Dezember 2024 – Juni 2025)

Übersetzt aus dem Englischen: EuroMinds Linguistics Ltd.

Lektorat: Annelies Coessens – CEMR

Gestaltung: ACAPELLA

Hinweis zur finanziellen Förderung: Dieses Projekt („Wissenslücken in der dezentralen Entwicklungszusammenarbeit zuordnen und schließen“ (Mindcraft) wird vom deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert und von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterstützt.

Hinweis zur Veröffentlichung: Für die Inhalte dieser Veröffentlichung sind ausschließlich ihre Autor*innen verantwortlich. Sie geben nicht die Ansichten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wieder.

© CEMR 2025

Photo credits:
© iStock: 1196974543: arsenisspyros, © Shutterstock: 2471630827: WinWin artlab



CCRE-CEMR
1 Square de Meeûs
B-1000 Brüssel
Tel. +32 2 511 74 77

info@ccre-cemr.org
ccre-cemr.org



PLATFORMA
1 Square de Meeûs
B-1000 Brüssel
Tel. +32 2 265 09 30

platforma@ccre-cemr.org
platforma-dev.eu